

Einwohnerrat Pratteln

Protokoll Nr. 360

Einwohnerratssitzung vom Montag, 11. Dezember 2006, 19.00 Uhr, in der Aula Fröschmatt II

Anwesend	38 Einwohnerrats-Mitglieder 7 Gemeinderats-Mitglieder
Abwesend entschuldigt	Petra Ramseier, Rolf Hohler
Vorsitz	Siegfried Siegrist
Protokoll	Bruno Helfenberger
Weibeldienst	Martin Suter

Geschäftsverzeichnis

1.	Voranschlag 2007	2455
	- Genehmigung Voranschlag 2007	
	- Festsetzung der Gemeindesteuersätze für das Jahr 2007	
	- Festsetzung des Feuerwehrpflichtersatzes für das Jahr 2007	
	- Festsetzung der GGA-Gebühr für das Jahr 2007	
	- Festsetzung der Wasserbezugsgebühr für das Jahr 2007	
	- Festsetzung der Abwasserreinigungsgebühr für das Jahr 2007	
	- Festsetzung der Kehrichtsack-, Sperrgut- und Containergebühr für das Jahr 2007	
	- Festsetzung der Gebühren für den Häckseldienst für das Jahr 2007	
	- Festsetzung der Nachtparkgebühren für das Jahr 2007	
	- Teuerungsausgleich für das Jahr 2007	
2.	Quartierplanvorschriften „Geschäftshaus Geisseler“, 1. Lesung	2461
3.	Postulat von Gert Ruder betr. „Velosicherheit Pratteln Nord“	2446
4.	Postulat von Heinz Schiltknecht und Fredi Wiesner betr. „Abrechnung des Sitzungsgeldes“	2449
5.	Interpellation von Eva Keller betr. „Verkehrssampel beim Schloss“	2450
6.	Interpellation von Heinz Schiltknecht betr. „Pratteln und die Luftreinhalte Verordnung“	2459
7.	Fragestunde (nach der Pause)	

Musikalische Einstimmung mit Gitarrenspiel, vorgetragen von Bernhard Dittmann und 2 Schüler der Kreismusikschule Pratteln-Augst-Giebenach.

Beschlüsse

Geschäft Nr. 2455

Voranschlag 2007

Aktenhinweis:

- Voranschlag 2007
- Bericht der RPK vom 23. November 2006

RPK-Präsident Christian Schäublin: Die RPK hat sich an sechs Sitzungen ausführlich mit dem Voranschlag befasst. Die RPK dankt allen, die am Voranschlag mitgewirkt haben, insbesondere Herrn Staub und den Mitgliedern der RPK. Der Gemeinderat präsentiert uns ein Budget mit einer roten Null. Wir haben aus der roten eine hellrote Null gemacht. Der budgetierte Sachaufwand ist um rund CHF 2 Mio. höher gegenüber der Rechnung 2005. Die Steuereinnahmen erhöhen sich leicht. Die Sozialhilfekosten netto stagnieren auf dem Niveau der Rechnung 2005. Erfreulich, dass die Abfallrechnung mit einem Überschuss budgetiert worden ist. Zu den Details: Teuerungsausgleich: Für den vom Gemeinderat vorgesehenen einmaligen „Bonus“ besteht keine Rechtsgrundlage. Deshalb beantragt die RPK den folgenden Satz zu streichen: „Es folgt keine Anpassung der Lohntabelle (Anhang II des Lohn- und Zulagenreglements)“. Wir sind der Meinung, dass dies kein Teuerungsausgleich ist und nichts mit dem Reglement zu tun hat. Löhne Aushilfen: Hinsichtlich mehr Transparenz ist es besser, wenn diese Löhne separat im 308 ausgewiesen werden. Wohnung im Schloss: Das ist eine Wiederholung vom letzten Jahr und wir warten immer noch auf die schriftliche Antwort. Finanzielle Unterstützung für Schüler an Lager und Exkursionen: Mit einem Schreiben vom 06. November 2006 gelangte der Schulrat und die Schulleitung Sekundarschule an die RPK mit dem Antrag, den Budgetbetrag um CHF 20'000 zu erhöhen. Die RPK weist darauf hin, dass dies nicht nötig ist und der Betrag so belassen werden kann. Gebührensenkung GGA: Anstelle einer Gebührensenkung schlägt die RPK einen Rabatt für ein Jahr vor. Wir haben festgestellt, dass in den nächsten Jahren aufgrund der neuesten Technologien verschiedene Investitionen in der Höhe von mehreren hunderttausenden Franken anstehen könnten. Abfallrechnung: Die Abfallkasse wird entlastet durch die Umsetzung des Entsorgungsmonopols auf die Siedlungsabfälle des Gewerbes. Nach wie vor legt die RPK Wert auf eine Kontrolle der privaten Hauskehrichtsäcke. Der Gemeinderat hat ja bereits beschlossen, im nächsten Jahr die farbigen Abfallsäcke einzuführen. Das wird sicher eine Verbesserung sein.

://: Einstimmig wird Eintreten beschlossen.

GR Max Hippenmeyer: *(mit Beamer)* Ich bedanke mich bei allen, die mitgeholfen haben, das Budget zu erstellen. Allen voran unserem Abteilungsleiter Philip Staub. Wir hatten namhafte Abgänge von langjährigen Mitarbeitern und da ist einiges know-how verloren gegangen. Das hat die Budgetierung nicht erleichtert. Der Mehraufwand von CHF 77'555 ist moderat und isoliert betrachtet vertretbar. Die Differenz zum Finanzplan sieht ein wenig anders aus. Das ist deshalb so, weil der Sachaufwand gegenüber dem Budget 2006 rund 6 % oder CHF 618'000 höher ist. Die gestiegenen Heizölkosten sind schwer ins Gewicht gefallen. Die Nettoinvestitionen betragen rund CHF 9.218 Mio. wovon 58 % (Budget 2006 = 28%) bei den Spezialfinanzierungen anzusiedeln sind. Der Personalaufwand ist insgesamt fast CHF 132'000 höher als das Budget 2006. Das vor allem aufgrund des Anstiegs der Lehrerlöhne. Die Blockzeiten schlagen hier zu Buche. Der Personalaufwand des Verwaltungspersonals ist leicht rückläufig (minus CHF 144'000 oder 1,3 %). Wir machen keine Anpassung an die Teuerung, jedoch beantragen wir, einen einmaligen Ausgleich zu gewähren. Das ist nicht im Budget enthalten und wir reden von rund CHF 60'000. Bei den Sozialausgaben haben wir einen leichten Rückgang gegenüber dem Budget 2006 auf Höhe der

Rechnung 2005. Aber im Vergleich zu anderen Gemeinden ist das nach wie vor ein hohes Niveau. Wir haben Aussicht auf Stabilisierung und mittelfristige Senkung infolge eingeleiteter Massnahmen und der verbesserten Konjunkturlage. Die personellen Ressourcen im Sozialdienst machen uns Sorgen und sind kritisch. Nettoaufwand nach Funktionen: Hier haben sich keine markanten Veränderungen ergeben. Zu den Steuern: Hier haben wir eine leichte Erhöhung gegenüber dem Budget 2006. Die Auswirkungen der per 1.1.2007 wirksamen Revision sind schwer einzuschätzen. Der Konjunkturaufschwung und die Ansiedlung neuer Betriebe rechtfertigen die getroffenen Annahmen. Zu den Spezialfinanzierungen: Bei der GGA schliessen wir mit einem Mehrertrag von CHF 33'135 ab. Wir beantragen eine Gebührenreduktion von 10 %. Wir haben sehr tiefe Gebühren und falls allfällige Investitionen nicht aus den eigenen Mitteln bestritten werden könnten, kann eine Erhöhung immer noch ins Auge gefasst werden. Ohne Reduktion beläuft sich der Gewinn auf CHF 86'000. Wasserversorgung: Wir haben einen Mehraufwand von CHF 265'770 nach dem Gebührenrabatt von 25 %. Das kann problemlos verkraftet werden bei einem Eigenkapital von 1,6 Mio. Franken. Abwasserbeseitigung: Der Mehraufwand beträgt CHF 112'965 trotz Wegfall des Gebührenrabatts von 12,5 %. Hier hatten wir einen Anstieg der kantonalen Gebühren aufgrund des neuen Gewässerschutzgesetzes. Abfallbewirtschaftung: Bei unserem Sorgenkind haben wir einen Mehrertrag von CHF 259'260. Allerdings haben wir verschiedene Unsicherheiten aufgrund fehlender Erfahrungszahlen. Aber die Sanierung ist auf gutem Weg. Nebst der Durchsetzung des Monopols werden die farbigen Abfallsäcke eingeführt, so dass auch die Privaten mehr in die Verantwortung gezogen werden und allfällige Missetäter besser zu eruiieren sind. Zukünftige Überschüsse sollen durch Gebührenreduktionen kompensiert werden. Die Sanierung der Abfallrechnung dürfte ein bis zwei Jahre dauern. Zu den Investitionen: Wir haben einen Anstieg der Nettoinvestitionen gegenüber dem Budget 2006 um gut 7 % oder CHF 628'000 auf knapp CHF 9'218 Mio. Franken. Der Anteil der Spezialfinanzierungen beträgt CHF 5.362 Mio. oder 58 %. Zur Selbstfinanzierung: Der Selbstfinanzierungsgrad geht ein wenig zurück. Der Grund ist vor allem die fehlende Entnahme aus den Vorfinanzierungen. Fazit: Trotz höherem Finanzausgleich und nach wie vor restriktiver Ausgabenpolitik stelle ich ein „Treten an Ort“ fest. Rund 85 % der Ausgaben sind fremdbestimmt. Unser Handlungsspielraum ist tatsächlich sehr klein. Die Anspruchsmoralität unserer Gesellschaft stösst aufgrund vorhandener Ressourcen an Grenzen. Die Öffentlichkeit will immer mehr mit immer weniger Mitteln, die uns zur Verfügung stehen. Von einem Leistungsabbau will man, wenn es soweit ist, dann nichts mehr wissen. Da muss jeder selber im stillen Kämmerlein in Klausur gehen. Nach wie vor gilt: Nein zu neuen und zum Ausbau bestehender Aufgaben, wenn die Finanzierung nicht gesichert ist. Eine Schwalbe macht noch keinen Sommer. Steuererhöhungen sind für den Gemeinderat nach wie vor kein Thema. Damit würden wir die langsam kommende Attraktivität aufs Spiel setzen. Im Gegenteil: Mit der vorgeschlagenen Gebührenreduktion bei der GGA, sowie dem Rabatt von 25 % auf den Wassergebühren sollen unsere Steuerzahler erneut entlastet werden und die Attraktivität von Pratteln gesteigert werden. Wir befinden uns knapp über der Mitte und stehen gar nicht so schlecht da.

Heinz Schiltknecht: *(mit Hellraumprojektor)* Die SP Fraktion ist für Eintreten. Wir möchten hervorheben, dass in Pratteln ausgezeichnet budgetiert worden ist. Man kann alles nachvollziehen. Die SP-Fraktion dankt allen Beteiligten für die sehr transparente Budgetierung. Bemerkungen zum Budget: Das Budget besteht aus 1089 Kontonummern, welche noch weiter unterteilt sind. Eigentlich bestimmen aber fünf einzelne Positionen das ganze Budget. Dieses Jahr sind 3 Positionen sehr optimistisch eingesetzt worden. Das ist meine persönliche Ansicht und ich nehme das Budget zur Kenntnis, möchte aber einfach den Finger hochhalten. Die fünf Faktoren sind: 1. Finanzausgleich: Dieser ist von Gott resp. vom Kanton vorgegeben. Hier haben wir wenig Einfluss. 2. Steuern der natürlichen Personen: Das ist das grösste Einkommensvolumen der Gemeinde. Zu den Prognosen: Von 2002 bis 2005 sieht es aus wie ein Sägezahn. Aber im Budget 2006 und 2007 haben wir das nicht mehr. Das kann ja

sein. Aber hier haben wir eine Diskrepanz zwischen Gemeinderat und dem, was ich prognostiziere. Hier kann man aber geteilter Ansicht sein. 3. Steuern der juristischen Personen. 4. Unterstützung nach Gesetz: Das sind die Sozialhilfekosten und wir haben gehört, dass es besser wird. Im 2007 wird mehr budgetiert. Auch hier sage ich, dass der Gemeinderat sehr optimistisch ist. Das kann sein. Was aber nicht sein kann, das sehen wir hier (Tabelle 2000 – 2007). Wir erhalten vom Kanton und von Gemeinden Geld. Der Gemeinderat erwartet 47 % Rückerstattungen. Der Mittelwert von 2000 bis 2005 beträgt dieser 44 %. Die „lächerlichen“ 3 % machen rund CHF 370'000 aus. Das ist sehr gefährlich. Ich habe nichts gegen die optimistischen Steuereinnahmen, aber hier „ziehen wir einen Schuh voll heraus“. 5. Rückerstattungen bei der Sozialhilfe. Das ist ein kritischer Faktor und wird vielfach übersehen. Fazit: Ich halte meinen Warnfinger hoch. Ich verlange keine Änderungen aber ich bin gespannt auf die Rechnung. Sollte es nicht so eintreffen, dann bin ich der erste der aufsteht und sagt: „Gemeinderat, ich gratuliere“. Ich bezweifle aber, dass der Gemeinderat dasselbe bei mir tut.

Fredi Wiesner: Die SVP-Fraktion bedankt sich bei allen Beteiligten, die mitgeholfen haben, den Voranschlag auszuarbeiten.

Beatrice Künzli: Im Namen unserer Fraktion möchte ich allen danken und im speziellen Herrn Philip Staub. Wir haben auch festgestellt, dass eine Diskrepanz zum Finanzplan besteht. Zum Sachaufwand: Dieser ist um 2 Millionen höher. Müssen wir das so annehmen oder gibt es Möglichkeiten, wo die Gemeinde etwas unternehmen kann.

Detailberatung

020.316

Christian Schäublin: Die RPK beantragt, CHF 21'000 zu streichen. Der Server ist über das Konto 020.311 zu kaufen und nicht zu leasen. Die budgetierten Reserven reichen aus.

://: Der Streichungsantrag wird einstimmig angenommen.

090.434

GR Felix Knöpfel: Der Gemeinderat hat am 18. März 2003 beschlossen, dass die ehemalige Gruberwohnung im Schloss nicht mehr vermietet werden soll. Stattdessen soll das Schloss für den gemeindeeigenen Gebrauch und ehrenamtliche sowie soziale Tätigkeiten benützt werden können. Diesem Beschluss ist er bis heute treu geblieben, auch wenn damit keine grossen Einnahmen generiert werden können. Momentan und bis auf weiteres sind im Erdgeschoss Nord die Vereinigung Senioren für Senioren sowie der Mütterberatungsdienst gratis einquartiert. Der Friedensrichterraum wurde vom Parterre in das Bürgerstübli verlegt, damit sich Apéros und Friedensrichterdienst nicht konkurrenzieren. In der ehemaligen Wohnung Gruber sind 2 Zimmer noch durch den VVPA belegt, bis der wieder in die Alte Dorfturnhalle zügeln kann. Die anderen drei Räume stehen seit August 2004 der Musikschule als Übungslokal zur Verfügung. Aus diesen Gründen sieht der Gemeinderat davon ab, die Wohnung im Schloss zu renovieren und weiter zu vermieten.

200.302

Fredi Wiesner: Wir stellen den Antrag, CHF 239'100 zu streichen, infolge der Kürzung der Blockzeiten gemäss unserer Motion Nr. 2363 vom April 2005. Diese ist noch hängig.

Kurt Lanz: Es ist noch nicht klar, wie es herauskommt. Ich bitte Sie, den Betrag so zu belassen.

GR Elisabeth Schiltknecht: Es kann nicht sein, dass wir Blockzeiten im Budget streichen. Es wird eine Vorlage kommen. Ich kann mir nicht vorstellen, dass wir die Blockzeiten in Pratteln abschaffen. Wenn dies wider Erwarten getan würde, dann ist ja klar, dass wir keinen Betrag mehr haben. Blockzeiten gehören heute dazu und Pratteln kann ja nicht die einzige Gemeinde sein, die das nicht anbietet.

://: Der Kürzungsantrag von F. Wiesner wird mit 19 : 17 Stimmen und 2 Enthaltungen abgelehnt.

230.317

Kurt Lanz: Wir beantragen, bei den Lagerbeiträgen die vom Gemeinderat gekürzten Beiträge von CHF 20'000 wieder aufzunehmen. Es ist tatsächlich so, dass dies eine kantonale Angelegenheit ist. Der Gemeinderat muss in jedem Fall nach aussen manifestieren und das auch durchsetzen, dass der Kanton dafür aufkommen muss. Wir verstehen die Kürzung. Wir möchten aber, dass die Arbeitsleistungen der Jugendlichen im Werkhof weitergeführt werden. So machen die Jugendlichen etwas für das Allgemeinwohl. Das ist auch eine Wertschätzung gegenüber der Schulleitung, dem Schulrat und der Lehrerschaft für ihre Leistungen. Zusätzlich sind die Lager eine geniale Angelegenheit, um ausserschulische Sozialisierung zu machen. Dort kann man das Zusammenleben üben. Man kann sich am Abend nicht einfach davonschleichen und ist für mehrere Tage zusammen. Denken Sie zurück an die Lager, an denen Sie selber teilgenommen haben.

Brigitte Frei: Wir stellen den Antrag, die CHF 20'000 zu streichen. Der Kanton soll diese Aufgabe wahrnehmen und zahlen. Laut Bildungsgesetz ist dies klar die Aufgabe des Kantons. In vielen Gemeinden sind diese Diskussionen im Gang und ich bitte Sie, den Streichungsantrag anzunehmen.

GR Max Hippenmeyer: Das stimmt alles, was Kurt Lanz gesagt hat. Im Bildungsgesetz steht klar geschrieben, wer was zu bezahlen hat. Der Kanton hat das zu bezahlen. Wir müssen endlich den Kanton dazu zwingen oder anhalten, dass er seine Verpflichtungen wahrnimmt. Reigoldswil ist mit einer Demarche an den Kanton gelangt. Aus Solidarität zu den anderen Gemeinden müssen wir mitziehen. Der Gemeinderat hat einen Kompromiss ausgearbeitet und CHF 20'000 budgetiert.

Kurt Lanz: Mir ist auch klar, dass der Kanton bezahlen müsste. Ich möchte den Gemeinderat nicht von seiner Pflicht entbinden, beim Kanton vorstellig zu werden. Es ist aber unschön, wenn man diese Situation auf dem Buckel der Jugendlichen austrägt.

GR Elisabeth Schiltknecht: Ich bitte Sie, den Antrag der FDP nicht zu unterstützen. Der Gemeinderat hat einen Kompromiss gemacht. Auch die FDP weiss, dass es nichts mehr gratis gibt. Die Bestrebungen mit dem Kanton zu reden sind im Gang. Ich bitte Sie, nicht das Ganze zu streichen.

Die Anträge der FDP und SP werden einander gegenübergestellt.

://: Auf den Antrag der FDP entfallen 20 Stimmen. Auf den Antrag der SP entfallen 17 Stimmen. 1 Enthaltung

Die Anträge der FDP und des Gemeinderates werden einander gegenübergestellt.

://: Auf den Antrag der FDP entfallen 19 Stimmen. Auf den Antrag des Gemeinderates entfallen 19 Stimmen.
Mit Stichentscheid des Ratspräsidenten wird der Antrag der FDP angenommen.

250.302

Christian Schäublin: Die RPK verlangt eine Sondervorlage gemäss den Erläuterungen im Bericht.

GR E. Schiltknecht: Ein Teil davon ist Schulentwicklung, die aufgrund des Bildungsgesetzes gemacht werden muss. Dieses Schulprogramm wurde aber noch nicht gemacht. Ein weiterer Teil ist vorgesehen für die Erhöhung des Schulleitungspensums. Wenn das Pensum erhöht wird, muss der Einwohnerrat sowieso darüber befinden. Eine Sondervorlage ist nicht nötig.

://: Der Rat beschliesst mit grossem Mehr gegen 2 Stimmen, dass eine Sondervorlage auszuarbeiten ist.

320.318

Heinz Schiltknecht: Wir haben vor einem Jahr einer Sondervorlage zugestimmt. Hier geht es um neue Organisationsformen, die ich gerne im Parlament diskutieren möchte. Eine Sondervorlage ist aber bis heute nicht vorgelegt worden und wir wiederholen unsere Anliegen. Max Hippenmeyer hat zwar der RPK zugesichert, dass das selbstverständlich sei. Formal ist der Gemeinderat nicht mehr gebunden, wenn das im Budget jetzt freigegeben wird.

GR Max Hippenmeyer: Ich habe in der RPK versichert, dass eine Sondervorlage kommt. Diese ist „in den letzten Zügen“ und wird demnächst im Einwohnerrat traktandiert. Mit einer erneuten Sondervorlage haben wir noch mehr Arbeit für etwas, was ihr im letzten Budget schon verlangt habt. Ich bitte Euch, uns zu glauben, dass wir unser Wort halten werden.

Kurt Lanz: Max Hippenmeyer hat gesagt, dass es klar ist, dass eine Sondervorlage kommen wird. Das bezieht sich auf das Budget 2006. Hier ist es wieder budgetiert und es braucht eine Sondervorlage für das Geld, das wir jetzt bewilligen. Hier wird das gleiche gemacht, wie mit dem budgetierten Betrag im Jahr 2006. Die Sondervorlage ist ja demnächst bereit und kann im Januar vorgelegt werden.

GR Max Hippenmeyer: Bei der Budgetierung des Jahres 2007 bin ich davon ausgegangen, dass die Sondervorlage 2006 noch vor der heutigen Sitzung vorliegen würde. Aber es kann ja nicht sein, dass ihr bei einem allfälligen Ja zur Sondervorlage, nochmals eine Sondervorlage verlangt. Ich bitte Euch, die Sondervorlage 2006 abzuwarten. Bei einem Nein sind die Budgetposten obsolet.

Urs Hess: Das Geld im Budget 2007 sind Folgekosten, falls wir der Sondervorlage 2006 zustimmen würden. Wenn dem so ist, dann brauchen wir nicht eine Sondervorlage der Sondervorlage. Damit können wir den Antrag ablehnen.

Kurt Lanz: Wenn das so ist, dann bin ich nicht richtig aufgeklärt worden, dass es sich im Budget 2007 um die Folgekosten der Sondervorlage von 2006 handelt. Ich hoffe nun, dass es bei dieser Angelegenheit so ist und dass es klar ist, was der Einwohnerrat vom Gemeinderat will. Wenn es darum geht, eine Neuorganisation in diesen Bereichen zu machen, dann bin ich der erste, der das Protokoll hervor nimmt, falls etwas ohne Sondervorlage umorganisiert wird mit dem Geld, das heute bewilligt wird, das für eine allfällige Ausführung vorgesehen wäre.

GR Max Hippenmeyer: Wir können im 2007 nichts ausgeben, das im 2006 mit einer Sondervorlage hätte bewilligt werden müssen. Das würde gegen Treu und Glauben verstossen, wenn wir das so machen würden. So „schlitzohrig“ sind wir auch nicht.

Heinz Schiltknecht zieht seinen Antrag zurück.

540.301

Christian Schäublin: Die RPK beantragt die Streichung von CHF 35'000 gemäss unseren Erläuterungen im Bericht.

GR Uwe Klein: Der Gemeinderat ist mit der Streichung einverstanden und wenn es nötig wäre kommen wir mit einer Sondervorlage.

GR Elisabeth Schiltknecht: Wenn der Einwohnerrat bestimmen will, ob der Schwangerschaftsurlaub bezahlt wird oder nicht, dann finde ich das „total daneben“. Man merkt, dass Männer nie schwanger werden.

://: Der Streichungsantrag der RPK wird mit grossem Mehr und einigen Enthaltungen angenommen.

540.305

Christian Schäublin: Aufgrund des Beschlusses beim Konto 540.301 ergibt sich eine Kürzung von CHF 5'120 bei den Sozialversicherungen.

://: Der Streichungsantrag der RPK wird mit grossem Mehr angenommen.

690.319

Urs Hess: Wir möchten wissen, wie gross der Verwaltungsaufwand bei den Gemeindetageskarten ist.

GR Max Hippenmeyer: Es ist erfreulich, dass die Auslastung über 90 % beträgt und einem echten Bedürfnis der Bevölkerung entspricht. Wir sammeln Erfahrungen und der Aufwand hält sich in Grenzen. Wir werden Verbesserungen einführen und die Gemeindetageskarte direkt auf unserer Homepage verlinken. Damit wird die Abwicklung auf der Gemeinde auf ein Minimum reduziert.

Urs Hess: Wir wollen auch wissen, wie gross der Anteil der Prattler und auswärtigen Bevölkerung ist.

AL Philip Staub: Die genauen Zahlen habe ich nicht hier, aber grossmehrheitlich sind es Personen von Pratteln. Es ist auch so, dass die auswärtigen Interessenten erst 5 Tage vorher reservieren können. Eine Art „last minute“. Die Auswärtigen zahlen auch 5 Franken mehr.

Investitionsrechnung020.506.11

Christian Schäublin: Die RPK beantragt die Streichung von CHF 30'000 gemäss den Ausführungen im Bericht.

://: Der Streichungsantrag der RPK wird mit grossem Mehr angenommen.

140.506.02

Christian Schäublin: Die RPK verlangt eine Sondervorlage gemäss den Erläuterungen im Bericht.

://: Der Rat beschliesst mit grossem Mehr, dass eine Sondervorlage auszuarbeiten ist.

620.506.04

Fredi Wiesner: Für die Anschaffung der neuen Wischmaschine verlangen wir eine Sondervorlage.

GR Rolf Wehrli: Kann ich eine Begründung hören.

Fredi Wiesner: Erstens der aufgeführte Betrag und zweitens wurde erst kürzlich eine gekauft. Jetzt soll wieder eine gekauft werden und wir wollen gewisse Details sehen, bevor diese angeschafft wird.

://: Der Rat beschliesst mit grossem Mehr gegen 2 Stimmen, dass eine Sondervorlage auszuarbeiten ist.

Schlussabstimmungen

1. Genehmigung der Voranschläge 2007

://: 1.1 Der Rat beschliesst mit grossem Mehr gegen 3 Stimmen:

Der Voranschlag für das Jahr 2007 wird unter Berücksichtigung der in der Detailberatung beschlossenen Änderungen mit einem Mehrertrag von CHF 3'565.— genehmigt.

1.2 Der Rat beschliesst mit grossem Mehr und 3 Enthaltungen:

Die Investitionsrechnung, gemäss den Seiten 38 - 50, wird unter Berücksichtigung der in der Detailberatung beschlossenen Änderung genehmigt:

- Für Strassen, Werk- und Energieleitungen werden die Ausgaben bis CHF 1'000'000.— sowie für alle übrigen Investitionen bis CHF 300'000.— je Einzelfall ohne Sondervorlagen, mit dem Budget bewilligt.
- Die vorgesehenen Investitionen werden sowohl aus eigenen als auch mit fremden Mitteln finanziert. Der Gemeinderat wird hiermit ermächtigt, die notwendigen Fremdmittel aufzunehmen.

2. Festsetzung der Steuersätze für das Jahr 2007

://: 2.1 Der Rat beschliesst mit grossem Mehr und 4 Enthaltungen:

Die **Einkommens- und Vermögenssteuer für natürliche Personen** wird auf **63.8 % des Staatssteuerbetrages** festgesetzt (unverändert).

2.2 Der Rat beschliesst mit grossem Mehr:

Die **Ertragssteuer für juristische Personen** wird auf **4.95 % des steuerbaren Ertrages** festgesetzt (unverändert).

2.3 Der Rat beschliesst mit grossem Mehr:

Die **Kapitalsteuer juristischer Personen** wird auf **5.5 ‰** festgesetzt. (unverändert).

2.4 Der Rat beschliesst mit grossem Mehr:

Feuerwehropflichtersatz: 10.0 % des Gemeindesteuerbetrages, mindestens aber CHF 60.— (unverändert).

3. Festsetzung der GGA-Gebühr

Christian Schäublin: Die RPK beantragt anstelle einer Gebührensenkung einen Rabatt von 10 % gemäss den Ausführungen im Bericht.

GR Ruedi Handschin: Wir haben im 2006 bereits 33 % Rabatt gewährt. Die Rechnung ist gut und tendenziell werden die Gebühren in den nächsten Jahren garantiert eher sinken. Es macht keinen Sinn, jedes Jahr einen Rabatt zu gewähren. Die EBM Münchenstein hat sich (indirekt via Reinach) ebenfalls angeschlossen und bezieht die Signale von uns. Ab Mitte 2007 werden sie die Investitionen mitfinanzieren. Jetzt ist eine Gebührensenkung möglich, ich verzichte aber darauf, bis man genau weiss, wie hoch die Kosten für die Nachbesserungen sein werden. Wenn die Kosten abgeschätzt werden können, dann werde ich mich stark machen für eine Gebührensenkung.

://: Der Rat beschliesst mit grossem Mehr:

Die GGA-Gebühr wird auf **CHF 108.—** und die Urheberrechtsgebühr auf **CHF 22.80** festgesetzt.

Auf diesen Gebühren wird ein Rabatt von 10 % gewährt.
(Alle Gebühren zuzüglich Mehrwertsteuer)

4. Festsetzung der Wasserbezugsgebühr

://: Der Rat beschliesst mit grossem Mehr:

Die Wasserbezugsgebühr wird auf **CHF 1.40 pro m³** bezogenen Wassers sowie Grundgebühr gemäss Wasserreglement, zuzüglich Mehrwertsteuer, festgesetzt (unverändert).

Es wird ein Rabatt auf die gesamten Wasserbezugsgebühren von 25 % (bisher 12,5 %) gewährt.

5. Festsetzung der Abwasserreinigungsgebühr

://: Der Rat beschliesst mit grossem Mehr:

Gemeinde: **CHF 0.50 pro m³**

Kanton: **CHF 1.25 pro m³** bezogenen Wassers und
CHF 0.50 pro m³ Sauberwasser aus Mischsystemen

Alle Gebühren gemäss Reglement über Abwasseranlagen, zuzüglich Mehrwertsteuer.

6. Festsetzung Hauskehricht-, Sperrgut- und Containergebühren

://: Der Rat beschliesst mit grossem Mehr gegen 1 Stimme:

Die Gebühren werden wie folgt festgelegt:

Kehrichtsack-, Sperrgut- und Containergebühren

a) Gebührenmarken für Kehrichtsäcke und Einweggebinde nach Volumen

(maximal 25 kg Sack)

Gebühr pro Einheit

bis 17 Liter, maximal 25 kg	CHF	1.25
bis 35 Liter, maximal 25 kg	CHF	2.50
bis 60 Liter, maximal 25 kg	CHF	5.00
bis 110 Liter, maximal 25 kg	CHF	7.50

b) Gebührenmarken für Kleinsperrgut als Einzelstücke oder verschürte Bündel nach Gewicht

(maximal 25 kg und 50 x 50 x 100 cm pro Stück)

bis 6 kg	1 Gebührenmarke	CHF	2.50
bis 12 kg	2 Gebührenmarken	CHF	5.00
bis 18 kg	3 Gebührenmarken	CHF	7.50
bis 25 kg	4 Gebührenmarken	CHF	10.00

c) Gebührenmarken für Grobsperrgut als Einzelstücke oder verschürte Bündel nach Gewicht

(maximal 25 kg)

bis 6 kg	1 Gebührenmarke	CHF	2.50
bis 12 kg	2 Gebührenmarken	CHF	5.00
bis 18 kg	3 Gebührenmarken	CHF	7.50
bis 25 kg	4 Gebührenmarken	CHF	10.00

d) Container für Gewerbe-, Industrie- und Dienstleistungsbetriebe nach Leerungen und Gewicht inkl. MwSt.

(in Kraft ab 1. März 2007)

pro Leerung	CHF	19.90	plus
pro Kilogramm	CHF	0.258	

7. Festsetzung der Gebühr für den Häckseldienst

://: Der Rat beschliesst mit grossem Mehr:

Pro Posten bis 5 Minuten: CHF 10.—

Pro Posten von 5 – 10 Minuten: CHF 20.—

Ab 10 Betriebsminuten werden für jede weitere Minute CHF 4.— berechnet.

8. Festsetzung der Nachtparkgebühr

://: Der Rat beschliesst mit grossem Mehr:

Die Nachtparkgebühr wird auf CHF 40.— pro Monat festgesetzt (unverändert).

9. Teuerungsausgleich

GR Max Hippenmeyer: Es ist das erste Mal, dass wir aufgrund des neuen Lohn- und Zulagenreglements über die Teuerung befinden. Früher mussten wir uns dem Kanton anschliessen. Wir finden, dass der Teuerungsausgleich mit der Giesskanne antiquiert ist. Darum schlagen wir Ihnen die Auszahlung gemäss Antrag vor. Wenn wir das prozentual machen würden, dann geht die Lohnschere noch mehr auf. Im Gegensatz zur RPK sind wir der Meinung, dass die Rechtgrundlage gegeben ist. Das haben wir juristisch abgeklärt. Wir wollen explizit keine Anpassung an die Lohntabelle und das Lohnniveau anheben. Dann werden Pensionskassenbeiträge und Sozialleistungen fällig. Wir wollen einen Teuerungsausgleich, der den Namen auch verdient. Das soll

ein einmaliger Ausgleich sein und wird offensichtlich von der RPK nicht bestritten. Hier ist auch ein sozialer Gedanke dahinter, denn kleine Einkommen profitieren mehr, als hohe Einkommen. Das Personal akzeptiert die Massnahme mehrheitlich. Ich bitte Sie, dem Antrag des Gemeinderates zu zustimmen.

Christian Schäublin: Es geht uns gar nicht um den Betrag. Das ist kein Teuerungsausgleich und ist eher ein Bonus. Das hat mit dem Lohn- und Zulagenreglement gar nichts zu tun, folglich kann der Satz auch gestrichen werden.

André Stöckli: Ich stelle den Antrag, diesen Teuerungsausgleich, alias „Giesskanonenbonus“, zu streichen. Mir ist bewusst, dass es gewisse Leute auf der Gemeinde gibt, die einen Zustupf verdient hätten. Ich komme aus einer Ecke, wo man das Geld ausgibt, das man hat. Die Gemeinde hat das Geld schlichtweg nicht. Wir werden wieder ins Minus hineinschlittern. Mir stösst auf, dass eine Leistungskomponente fehlt und im Lohnreglement das Wort „automatisch“ steht. Aus diesem Grund gibt es andere Hausaufgaben, die gemacht werden müssen.

Rudolf Meury: Ich bin gegen die Auszahlung von 500 Franken. Tatsächlich fehlt die Leistungskomponente und wenn es jemand verdient, dann gibt man ihm lieber 2'000 Franken und wer es nicht verdient erhält nichts. Das ist eine Art Umgehung der Qualifikationsgespräche durch den Vorgesetzten. Man nennt es dann „sozialer Gedanke“.

GR Max Hippenmeyer: Für den Leistungsbonus fehlt eindeutig die Rechtsgrundlage. Der ordentliche Stufenanstieg steht selbstverständlich nicht zur Diskussion.

Urs Hess: Ich bin es gewohnt in unserer Branche mit einem Gesamtarbeitsvertrag zu arbeiten und auch ich komme aus einer Ecke, die nur das Geld ausgibt, das vorhanden ist. Ich finde den Vorschlag des Gemeinderates einen gangbaren Weg. Ein Dorn im Auge ist der automatische Stufenanstieg. Dieser Teuerungsausgleich kann so gewährt werden.

GP Beat Stingelin: Sämtliche Mitarbeitenden haben Mitarbeitergespräche. Dort kann man sehr wohl den Stufenanstieg beschleunigen oder zurückfahren. Ich bitte Sie, den Antrag des Gemeinderates zu genehmigen. Sämtliche Mitarbeitenden haben Zeiten durchgemacht mit grossen Veränderungen. Es ist nicht so, dass die Mitarbeitenden in einem Schlösslein sitzen. Auch hier wird gefordert und ich denke, dass sie es verdient haben, eine kleine Entschädigung zu erhalten.

Dieter Stohler: Angesichts der Tatsache, dass der Kanton einen Teuerungsausgleich von 0.3 % gibt und wir eine geringe Teuerung haben, macht der Antrag der FDP Sinn. Wenn der Antrag abgelehnt wird, dann muss ich die Äusserungen des RPK-Präsidenten korrigieren. Es ist nicht die Meinung der RPK, dass die Lohntabelle nicht anzupassen sei. Wir sind der Meinung, dass der Antrag des Gemeinderates keine gültige Rechtsgrundlage hat. Dazu muss man nicht Jurist sein, sondern muss nur das Lohn- und Zulagenreglement nehmen. Im Paragraph 30, Absatz 3 heisst es: „Mit dem Beschluss über den Teuerungsausgleich ermächtigt der Einwohnerrat den Gemeinderat, den Anhang II dieses Reglements entsprechend dem Beschluss anzupassen“. Als Mitglied der damaligen Spezialkommission traue ich mir zu, zu wissen, dass diese Verknüpfung bewusst gemacht worden ist. Ein einmaliger Bonus hat keine Rechtsgrundlage. Wenn Sie sich an das gültige Lohn- und Zulagenreglement halten wollen, dann können Sie dem Gemeinderatsantrag nicht zustimmen.

Bruno Baumann: Es hat mich gewundert, dass der Teuerungsausgleich antiquiert sei. Beklagen wir nicht immer, dass immer mehr Leute im Ausland einkaufen gehen, wenn es hier immer teurer wird. 500 Franken sind im Moment sehr schön, aber nächstes Jahr haben sie es nicht mehr. Das ist ein Verlust. Wir wären sehr gut beraten, wenn wir mindestens den Teuerungsausgleich geben würden.

André Stöckli: Der Antrag der RPK verlangt ganz klar eine Anpassung an die Lohn-tabelle. Das heisst, dass im nächsten Jahr bei jedem Mitarbeiter der Lohn höher ist. Stimmt das so?

GR Max Hippenmeyer: Das ist so.

://: Der Antrag von A. Stöckli wird mit 17 : 13 Stimmen abgelehnt.

://: Der Rat beschloss mit 15 : 13 Stimmen und 10 Enthaltungen:

Es wird eine einmalige Teuerungszulage von CHF 500.— (pro 100%- Stelle) ausgerichtet. Es erfolgt keine Anpassung der Lohntabelle (Anhang II des Lohn- und Zulagenreglements).

Heinz Schiltknecht: Jetzt hat das Parlament etwas beschlossen, dass gegen das Gesetz und die Reglemente der Gemeinde Pratteln verstösst. Im Lohn- und Zulagen-reglement steht das nicht und wir haben uns an die Reglemente zu halten. Herr Stoh-ler hat das deutlich gesagt. Wohin führt das denn? Wenn jemand klagt, dann erhält er recht.

GR Max Hippenmeyer: Es ist ein Beschluss des Einwohnerrates. Wir haben das abgeklärt. Damals ist man davon ausgegangen, dass es einen automatischen Teue-rungsausgleich gibt und als logische Folge die Lohntabelle anpasst. Aber es steht nirgends geschrieben, dass man das machen kann ohne Anpassung. Bei zwei Juris-ten ergeben sich drei Meinungen. Ich bitte Euch das zu akzeptieren. Der Beschwer-deweg ist frei.

10. Prüfung der Gemeinderechnung

://: Der Rat beschliesst mit grossem Mehr:

Die RPK zieht für die Prüfung der Gemeinderechnung 2007 die Firma ROD Treuhandgesellschaft des Schweizerischen Gemeindeverbandes AG, 3322 Schönbühl-Urtenen bei.

Fragestunde

Frage von Benedikt Schmidt betr. „Parkplatzbewirtschaftung...“

GR Rolf Wehrli: *Teilt der GR die Ansicht, dass ein kommunales Reglement zur Park-platzbewirtschaftung und die Einführung einer Parkplatzbewirtschaftung wichtig ist im Hinblick auf die Umweltverträglichkeit bestehender und zukünftiger verkehrsintensiver Anlagen in Pratteln?* Selbstverständlich und es ist auch eine Motion hängig. *Wartet der GR weiter auf ein Musterreglement vom Kanton oder nimmt der GR die Sache selbst in die Hand?* Beides. Uns ist, anlässlich von bilateralen Gesprächen, von der Bau- und Umweltschutzdirektion ein Musterreglement versprochen worden. Wir hof-fen, dass es kommt. Wir nehmen es jetzt aber selbst an die Hand und im Verlauf des nächsten Jahres kommt die Vorlage.

Geschäft Nr. 2461**Quartierplanvorschriften „Geschäftshaus Geisseler“, 1. Lesung**Aktenhinweis:

- Antrag des Gemeinderates vom 21. November 2006

Einwohnerratspräsident Siegfried Siegrist: Das Büro schlägt vor, auf das Geschäft einzutreten und dieses an die BPK zu überweisen.

Albert Willi und Mandana Roozpeikar unterstützen den Antrag des Büros.

://: Der Rat beschliesst einstimmig Eintreten.

Der Rat beschliesst mit grossem Mehr:

://: Das Geschäft Nr. 2461 wird an die BPK überwiesen.

Geschäft Nr. 2446**Postulat von Gert Ruder betr. „Velosicherheit Pratteln Nord“**Aktenhinweis:

- Postulat Nr. 2446 vom 30. August 2006

GR Rolf Wehrli: Der Gemeinderat ist für Überweisung.

Gert Ruder: Es freut mich, dass der Gemeinderat bereit ist, das Postulat zu übernehmen. Sowohl auf der Salinen- wie auch auf der Rheinstrasse ist es gefährlich. Die wenigsten hier benutzen diese Strasse als Velofahrer. Ein Teil liegt auf dem Gemeindebann von Muttenz, ein grosser Teil liegt aber auf Prattler Boden. Es gibt Velowege östlich und westlich begrenzt. Aber im Bereich der Kreuzung Salinen- Rheinstrasse hört es plötzlich auf. Der Veloweg von der Kreuzung bis in die Längi ist auf dem Boden aufgemalt und erhöht die Sicherheit der Velofahrer. Richtung Basel wurde das nicht gemacht. Die ganze Salinenstrasse ist nach wie vor eine grosse Gefahr. Weil das Ganze umfassend betrachtet werden soll habe ich den Vorschlag gemacht, dass sich die Gemeinde zusammen mit Muttenz und allfälligen Fachstellen an den Kanton wendet und die schönen Symbole auf den Plänen beim Geschäft Dürrenhübel auch in die Realität umsetzt.

Peter Friedli: Die FDP stellt fest, dass das ein grosses Problem ist. Wir stellen aber auch fest, dass es sich um Kantonsstrassen handelt und der Kanton zuständig ist.

Olga Aeberhard: Ich kann dem Vorschlag von Gert Ruder schon viel abgewinnen. Aber wir sind doch in einer Phase, wo die Rheinstrasse verlegt werden soll. Wir dürfen nicht viel Geld ausgeben und dann ist alles wieder anders.

Karin Hess: Die SVP-Fraktion ist für Überweisung.

Stefan Löw: Wird das Postulat an den Kanton weitergeleitet oder wäre es nicht besser gewesen, das Anliegen einem Landrat zu unterbreiten?

GR Rolf Wehrli: Wir sind direkt betroffen und wir pflegen mit dem Kanton ein enges Verhältnis. Wir werden mit dem Kanton Kontakt aufnehmen, auch im Zusammenhang mit den Zukunftsperspektiven. Die Rheinstrasse wird nicht von heute auf morgen verlegt.

Der Rat beschliesst mit grossem Mehr und 4 Enthaltungen:

://: Das Postulat Nr. 2446 wird an den Gemeinderat überwiesen.

Geschäft Nr. 2449

Postulat von Heinz Schiltknecht und Fredi Wiesner betr. „Abrechnung des Sitzungsgeldes“

Aktenhinweis:

- Postulat Nr. 2449 vom 25. September 2006

GR Max Hippenmeyer: Auch dieses Postulat können Sie getrost überweisen, weil wir mit der Umsetzung schon fast fertig sind. Wir arbeiten daran.

Benedikt Schmidt: Grundsätzlich ist das eine gute Sache aber ich verstehe nicht, warum man zwei verschiedene Dinge in einem Postulat erwähnt. Einerseits geht es um das Sitzungsgeld und andererseits um den Umzug innerhalb der Gemeinde. Wie hängt das zusammen?

Der Rat beschliesst mit grossem Mehr:

://: Das Postulat Nr. 2449 wird an den Gemeinderat überwiesen.

Geschäft Nr. 2450

Interpellation von Eva Keller betr. „Verkehrsampel beim Schloss“

Aktenhinweis:

- Interpellation Nr. 2450 vom 18. September 2006

GR Ruedi Handschin: *Die Zeitschaltuhr der Verkehrsampel beim Schloss per sofort wieder auf eine sofortige Grünphase zurückzusetzen.* So kann das nicht gemeint sein, dass beim Drücken die Ampel sofort grün wird. Das ist so nicht möglich, weil sonst der ganze Verkehr stehen bleiben und der Stau bis nach Muttenz reichen würde. Somit ist auch die Frage 2 beantwortet. Frage 3: *Per wann ist es dann geplant die früheren sicheren Verhältnisse wieder einzuführen?* Die Gemeindepolizei hat das von Technikern der Firma Siemens prüfen lassen. Die Wartezeiten für die Fussgänger waren tatsächlich zu lang. Diese sind nun reduziert und die Parameter der Steuerung dem Verkehrsaufkommen angepasst worden. Eine Nachkontrolle am 18. Oktober hat gezeigt, dass die Anlage perfekt läuft.

Geschäft Nr. 2459**Interpellation von Heinz Schiltknecht betr. „Pratteln und die Luftreinhalte Verordnung“**Aktenhinweis:

- Interpellation Nr. 2459 vom 30. Oktober 2006

GP Beat Stingelin: „Pratteln und die Luftreinhalte-Verordnung“. Wenn das nur so einfach wäre. Pratteln hat keine Verordnung und kann auch keine erlassen. Der stellvertretende Leiter des Lufthygieneamtes beider Basel sagt dazu. „Ein Massnahmenplan existiert für die Kantone Basel-Landschaft und Basel-Stadt, welcher im 2004 überarbeitet wurde. Es gibt schweizweit keine Massnahmenpläne für Gemeinden oder gar einzelne Gebiete. Dies mit der Begründung, dass der Strassenverkehr mobil ist, sich verlagert und auch die Luft nicht an Ort stehen bleibt“. Unser Landrat Philipp Schoch hat am 18. April 2005 einen Vorstoss im Landrat unternommen. Das Thema wurde auch in den Kommissionen der beiden Parlamente behandelt und folgender Antrag formuliert: *„Deshalb beantragen die vorberatenden Kommissionen den beiden Parlamenten, den Luftreinhalteplan der beiden Halbkantone in Unterstützung zusätzlicher Forderungen zur Kenntnis zu nehmen“*. Wir können hier nichts machen und nur an unsere Landräte gelangen mit der Forderung, etwas zu unternehmen.

://: Der Rat beschliesst mit grossem Mehr gegen 2 Stimmen Diskussion

Heinz Schiltknecht: Wir haben schon 1995 schlechte Luft gehabt. Die Luft ist heute nicht wesentlich besser oder sogar schlechter. Ich wollte darauf hinweisen, dass bereits im Jahre 1995 der Kanton irgendetwas hätte unternehmen können. In der Umweltverträglichkeitsstudie steht dann geschrieben, dass die Luftverschmutzung sowieso überschritten ist, aber man nichts dagegen machen kann. Aber es ist die Aufgabe des Kantons dies zu tun. Es ist keine gute Haltung, wenn man das Problem sieht, immer wieder darauf hinweist und nichts passiert. Das ist schlimm.

Benedikt Schmidt: Es ist schon so, dass der Kanton etwas unternehmen sollte. Ich lege dem Gemeinderat nahe, unsere verschiedenen Anträge und Vorstösse durchzulesen. Dort steht geschrieben, was die Gemeinde selber unternehmen kann.

GP Beat Stingelin: Gewisse Dinge können wir machen. Aber hier können wir ganz sicher nichts machen. In den Anträgen an die beiden Regierungen steht: *„Das Ziel, die von der Luftreinhalte-Verordnung vorgegebenen Grenzwerte bis 2010 zu erreichen, ist in beiden Kantonen weiter zu verfolgen“* und *„Bis Mitte 2007 legen die Regierungen einen Zwischenbericht vor, welcher insbesondere folgendes beinhaltet: Berichterstattung über die bereits eingeleiteten Massnahmen und deren Erfolg; einen ergänzten Massnahmenplan und Konkretisierung der Projekte, inklusive Zeitpläne für die Umsetzung der ursprünglichen und der ergänzten Massnahmenpläne“*. Die Regierungen sind in der Pflicht und es kann ja nicht sein, dass wir den Regierungen sagen, dass sie das zu tun haben. Wir können „stossen“ aber wir haben Landräte die das auch tun können. Philipp Schoch hat es gemacht.

Die Sitzung wurde um 21.50 Uhr beendet

Pratteln, 22. Dezember 2006

Für die Richtigkeit:

EINWOHNERRAT PRATTELN

Der Präsident Der Sekretär

Siegfried Siegrist Bruno Helfenberger